

Zachäus würde reichlich Steuern zahlen

An der Frage, von wem der Staat Geld nimmt und wem er es gibt, zeigt sich, was einer Gesellschaft wichtig ist. Deshalb sollte eine gerechte Steuerpolitik ein vordringliches Thema der Kirchen sein

Von Franz Segbers

Krankenhäuser schließen aus Kostengründen, die Bundesbahn ist marode, Lehrer fehlen, und die Kommunen müssen aus Geldmangel Büchereien und Schwimmbäder schließen. Und die Reichen werden reicher und die Armen zahlreicher. Wie konnte es dazu in einem reichen Land kommen? Deutschland ist nicht nur ein reiches Land. Es ist auch zur ungleichsten Gesellschaft Europas gemacht worden – und zwar im Wesentlichen durch eine ungerechte Steuerpolitik.

Kaum jemand weiß heute noch, dass die USA bis in die 1980er-Jahre zu den Staaten mit den höchsten Steuern in der Welt gehörten. Unter dem Slogan »Melkt die Reichen« hatte der damalige US-Präsident Roosevelt in den 1930er-Jahren einen Spitzensteuersatz eingeführt, der auf 90 Prozent stieg – heute unvorstellbar! Diese Politik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in fast allen Industrieländern nachgeahmt und hat die Kluft zwischen Arm und Reich auf historisch einzigartige Weise verringert, Armut ab- und den Sozialstaat aufgebaut. Es war die Zeit des Wirtschaftswunders.

Der radikale Gegenschlag kam mit der neoliberalen Wende in den 1980er-Jahren. Steuern galten als legalisierter Raub. Der damalige US-Präsident Ronald Reagan senkte den Spitzensteuersatz von 90 auf mickrige 28 Prozent – den niedrigsten Satz unter allen Industrienationen. Auch in Deutschland wurde der Spitzensteuersatz für die Reichen von 56 Prozent auf 42 Prozent abgesenkt, die Vermögenssteuer ausgesetzt, und die Erbschaftsteuer wurde zu einer Bagatelsteuer. Die Folgen sind überall zu sehen: Dem Staat fehlt das Geld für Schulen, Krankenhäuser, öffentlichen Verkehr, Schwimmbäder. Private wie öffentliche Armut kehren zurück, und der Sozialstaat wird ausgehöhlt. Und gleichzeitig haben die reichsten fünf Personen in

Deutschland ein so großes Vermögen wie die unteren 32 Millionen Menschen.

Diese Ungleichheit verletzt nicht nur die Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch die Demokratie und deren Versprechen von politischer Gleichheit. Den Reichen und ihrer Lobby gelingt es immer wieder, die Ängste der kleinen Leute zu schüren, dass es insbesondere ihnen bei einer Reform der Steuerpolitik an den Kragen gehen könnte. Sie konnten die Diskussion verschieben. Nicht mehr faire Steuern waren das Thema, sondern die vermeintliche Gefährdung von Arbeitsplätzen.

Legal, aber nicht legitim

Steuern haben eine Gerechtigkeitsdimension. Was aber mit Gerechtigkeit gemeint ist, ist hochumstritten. Es gibt mindestens fünf Gerechtigkeitsgrundsätze, nämlich soziale Gleichheit, demokratische Gleichheit, Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit und nicht zuletzt Umverteilungsgerechtigkeit. Bei diesen Begriffen von Gerechtigkeit geht es nach dem Philosophen Rainer Forst immer um eine Antwort auf die Frage: Was schulden Menschen einander? Die verschiedenen Begriffe von Gerechtigkeit antworten jeweils anders auf diese Grundfrage. Das zeigt sich auch bei Fragen der Steuergerechtigkeit: Wer schuldet wem wie viel und welche Steuern? Hinter dem Wer, dem Wieviel und der Steuerart stecken unterschiedliche Vorstellungen von der Gesellschaft und gesellschaftliche Interessen. Wie hoch soll die Steuer sein? Wie umgehen mit Reichtum, der ohne eigene Leistung geerbt wird? Welche Aufgaben soll der Staat finanzieren? Die Antworten entscheiden darüber, ob es in einer Gesellschaft viele Arme und viele Reiche oder wenige Arme und wenige Reiche gibt und welche Rechte auf soziale Sicherheit, Wohnung, Bildung oder Gesundheit der Bürger hat. An Steuern lässt sich ablesen, was einer Gesellschaft wie viel wert ist und wer das Sagen in einer Gesellschaft hat.

Damit gerechte Steuern zu einem Thema der Kirchen werden, hat der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) mit anderen konfessionellen Weltorganisationen im Jahr 2019 eine ökumenische Kampagne für Steuergerechtigkeit gestartet. Unter Bezugnahme auf die biblische Geschichte von Zachäus fordert die ökumenische Kampagne ein gerechtes Steuersystem, das der Mehrheit dient und nicht der Bereicherung einiger weniger. Die biblische Gestalt des Zöllners und Steuereintreibers Zachäus ist keineswegs so harmlos, wie es scheint. Denn er war durch willkürlich erhobene Zölle reich geworden. Das war zwar nach dem Recht der Römer erlaubt – wie auch heute viele Steuervermeidungsmodelle legal sind. Da die Zöllner die Höhe der Zölle nach eigenem Belieben festsetzen konnten, war es aber für die Rabbinen in der Zeit Jesu schmutziges Geld. Deshalb nahm man von Zöllnern auch keine Almosen an. Zachäus erkennt: Was Rom Recht nennt, ist Unrecht. Er bekennt, die Hälfte seines Besitzes an die Armen zu geben und das Vierfache sogar denjenigen, die er betrogen hatte. Und er bekehrt sich, indem er tut, was die Sozialgesetze der Bibel fordern, nämlich zugefügtes Unrecht wiedergutzumachen und den vierfachen Schadenersatz zu erstatten. Kann man in einem Unrechtssystem wie der römischen Besatzung gerecht leben? Die Zachäus-Geschichte zeigt, dass man es kann, wenn man die biblischen Sozialgesetze einhält und das Recht der Armen schützt, sie nicht übervorteilt und bei Unrecht zurückerstattet.

Konflikte mit den Reichen wagen

Die Bekehrung des Zachäus ist Programm und steht sinnbildlich für die notwendigen Veränderungen der globalen Finanzordnung. Im Konzeptpapier der Kampagne heißt es: »Die Besteuerung ist ein wichtiges Instrument, um den Reichtum innerhalb und zwischen den Ländern gerecht zu verteilen und Unternehmen und Bürger im Hinblick auf die Wahrung des Gemein-

Franz Segbers ist emeritierter Professor für Sozialethik und Vorsitzender des ökumenischen Netzwerks Kairos Europa, des Trägers der Zachäus-Kampagne. Er lebt in Konstanz.

» Zachäus zeigt: Es geht um Rückerstattung, nicht um Umverteilung



Am Ende geht es ums Geld: Zachäus-Stich von Willem Isaacs van Swanenburg (1611)

wohls, einschließlich der Pflege der globalen ökologischen Gemeinschaft, zur Verantwortung zu ziehen.« Zur Unterstützung dieser Kampagne haben sich in Deutschland derzeit 24 evangelische und katholische Dienste und Werke sowie ökumenische und zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke in einem Bündnis für Steuergerechtigkeit zusammengeschlossen.

Die Kirchen und mit ihnen Caritas und Diakonie sind stark darin, wenn es darum geht, mithilfe von Projekten wie Tafeln oder Kleiderkammern Armut zu bekämpfen. Sie treten auch als Mahnerin für soziale Gerechtigkeit auf. Die Zachäus-Kampagne des ÖRK will deutlich machen: Wer

Armut bekämpfen will, der muss für eine gerechte Steuerpolitik eintreten. Da Steuern hochpolitisch sind, heißt das, auch einen Konflikt mit den Vermögenden zu wagen, für die die neoliberale Epoche eine goldene Zeit war. Deshalb müssen die Kirchen über Steuern reden, wenn sie sich für die Armen und eine solidarische Gesellschaft stark machen. Den Steuerhinterziehern, den Steueroptimierern und Steuerflüchtigen muss gesagt werden: Steuern verdienen ein Lob! »Steuern sind der Preis für eine zivilisierte Gesellschaft.« So steht es als Motto über dem Eingangportal der obersten US-amerikanischen Steuerbehörde. Was einer Gesellschaft soziale Gerech-

tigkeit und Gleichheit wert sind, lässt sich an der Höhe ihres Preises ablesen. Und die Steuern sind der Preis, an dem sich zeigt, welchen Wert für eine Gesellschaft das hat, was mit Steuern finanziert werden kann: Schulen, Krankenhäuser, soziale Rechte, ein ausgebauter Sozialstaat.

Riesenvermögen verhindern

Die bayerischen Verfassung von 1947 enthält einen starken Satz: »Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen Einzelner zu verhindern.« Was hier zur Erbschaftsteuer gesagt wird, ist ein Grundsatz für die gesamte Steuerpolitik. Damit eine Gesellschaft sich nicht in Arm und Reich aufspaltet, greifen Steuern in das Eigentum ein. Priorität hat das Gemeinwohl – und nicht ein Recht auf Eigentum. Deshalb lautet die Maßgabe des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet – und zwar zum Steuerzahlen und zur Finanzierung des Sozialstaates.

Von Zachäus ist zu lernen: Es geht um Rückerstattung von angehäuften gewaltigen Vermögen, nicht um Umverteilung. Es ist an der Zeit zu erkennen, dass den Steuern eine Schlüsselrolle bei der Schaffung einer sozial ausgeglichenen und solidarischen Gesellschaft zukommt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, dass ungerechte und ungleiche Gesellschaften durch eine progressivere Besteuerung von höheren Einkommen, Vermögen und Erbschaften zivilisiert werden können. Nötig ist die ethische Grundüberzeugung, dass ein solidarisches Gemeinwesen seinen Preis hat. Wenn aber diese Überzeugung fehlt, dann werden sich immer Steuerschlupflöcher und Steuertricks zur Steuerhinterziehung finden. Wer Solidarität nicht wertschätzt, für den ist der »Preis der Steuern« allemal zu hoch. Steuern verdienen ein Lob. Bürger sollten sie mit Stolz und Freude zahlen. ◆

Informationen zur Zachäus-Kampagne:
www.zachaeus-kampagne.de